

Themen des Tages

## **AUSSENANSICHT; Putsch mit Plan; Ägyptens Militär sichert mit der Machtübernahme eigene Interessen ab. Langfristig wird das keinen Frieden bringen. Von Stephan Roll. Mitarbeit: Max Gallien**

15. Juli 2013

Seite 2

Die Rückkehr des Militärs auf die politische Bühne in Ägypten kam für viele Beobachter nicht überraschend. Das Militär sieht sich als Garant der öffentlichen Ordnung, die sah es angesichts der sich zuspitzenden Proteste in Gefahr. Es überrascht allerdings, dass die Generäle mit der Absetzung Mohammed Mursis und der Aussetzung der ägyptischen Verfassung gleich das gesamte politische System ausgehebelt haben. Dieser Putsch war keinesfalls eine spontane Reaktion auf die Ausschreitungen oder gar der Versuch, die Demokratie zu stärken. Er war eine von langer Hand geplante Machtübernahme im eigenen Interesse.

Das Militär sieht es als seine Aufgabe an, die Integrität des Staates zu sichern. Mit Sorge beobachteten daher die Generäle die zunehmende Verschlechterung der Sicherheitslage, die Verbreitung von Handfeuerwaffen nicht nur in den ländlichen Gebieten und die nicht endenden dschihadistischen Aktivitäten auf dem Sinai. Noch größere Sorge bereitete ihnen jedoch die Wirtschaftslage des Landes. Die Lähmung des politischen Systems unter der Mursi-Regierung hat Ägypten an den Rand des Ruins geführt. Der wirtschaftliche Niedergang schwebt wie ein Damoklesschwert auch über dem Militär. Ägypten verfügt über die elftgrößte Armee der Welt. Sie unterhält ein aufgeblähtes, in weiten Teilen defizitäres Wirtschaftsimperium mit enormen Nebenverdienstmöglichkeiten für hohe Offiziere. All das wäre im Falle eines Staatsbankrotts kaum mehr zu bezahlen. Und schließlich ging es den Generälen auch um die Integrität des Militärs selbst. Wie bei allen anderen staatlichen Institutionen herrschte auch hier Angst vor einer islamistischen Unterwanderung. Eine Entmachtung der Militärführung wie in der Türkei unter Recep Tayyip Erdogan galt es aus Sicht der Generäle zu verhindern.

So bereiteten sie wohl bereits seit geraumer Zeit ihre abermalige Machtübernahme vor. Drei Annahmen dürften sie ermutigt haben, nun ihren Plan in die Tat umzusetzen. Erstens konnte das Militär davon ausgehen, dass große Teile der Bevölkerung sein Eingreifen unterstützen würden, vor allem, wenn die Militärführung selbst keine aktive Rolle im weiteren politischen Geschehen einnehmen würde, wie nach dem Sturz Hosni Mubaraks.

Die Massenproteste zum Jahrestag der Präsidentschaft Mursis bestätigten diese Einschätzung. Millionen Demonstranten forderten das Eingreifen der Armee. Neben der liberalen Opposition und jugendlichen Aktivisten konnte die Militärführung auch die größte salafistische Partei, die koptische Kirche sowie die wichtigste islamische Instanz des Landes, die Al-Azhar-Universität, für ihr Vorgehen gewinnen. Zum Übergangspräsident wurde kein Militär, sondern der oberste Verfassungsrichter des Landes gekürt. Die Querelen bei der Regierungsbildung zeigen allerdings, wie instabil dieses heterogene Bündnis ist. Das Militär könnte daher gezwungen sein, künftig stärker in das politische Tagesgeschäft einzugreifen als zunächst geplant.

Zweitens konnte das Militär annehmen, dass es gelingen würde, die Muslimbrüder innerhalb des islamistischen Spektrums zu isolieren und hierdurch politisch zu schwächen. Auch diese

Kalkulation scheint aufzugehen, zumindest für den Augenblick. Die salafistische Nur-Partei hat gezeigt, dass sie zu einer Kooperation mit dem Militär bereit ist. Andere islamistische Gruppen dürften mittelfristig diesem Beispiel folgen und auf eine Rückkehr ins politische System setzen. Zwar gibt es im islamistischen Spektrum durchaus Sympathie für die Muslimbrüder. Allerdings werden sie auch als Konkurrenten gesehen. Es gelingt ihnen daher immer weniger, die Auseinandersetzung mit dem Militär als religiösen Konflikt darzustellen.

Und selbst in ihrer eigenen Organisation könnte sich Widerstand gegen den nun kompromisslosen Kurs der Führung regen. Die Bruderschaft rekrutiert sich zu großen Teilen aus der Mittelschicht. Sie ist für politische Partizipation deutlich besser gerüstet als für den zermürbenden Straßenkampf. Gehen die gewalttätigen Auseinandersetzungen weiter, könnten viele Anhänger die gemäßigeren islamistischen Parteien als attraktive Alternative sehen oder sich ganz von der Politik abwenden. Gleichzeitig werden sich gerade jüngere Muslimbrüder radikalieren und dschihadistischen Gruppen zuwenden. Das Militär müsste den Sicherheitsapparat weiter ausbauen – keine schlimme Vorstellung für die Generäle.

Drittens hatten die Generäle damit gerechnet, dass das Ausland ihr Eingreifen mittragen würde. Auch diese Annahme scheint richtig. Zwölf Milliarden US-Dollar Soforthilfe aus den Golfstaaten innerhalb weniger Tage zeugen von Absprachen, die vor dem Putsch getroffen worden sind. Die Finanzhilfe zeigt auch die Erleichterung der Herrscherhäuser in Saudi-Arabien, Kuwait und den Vereinigten Arabischen Emiraten über den Machtwechsel in Kairo. Der Erfolg der Muslimbrüder in Ägypten, so hatten sie befürchtet, könnte die Opposition in den eigenen Ländern stärken.

Auch auf die traditionellen Verbündeten, die USA und die EU, können sich die Generäle verlassen. Washington lässt einen seiner wichtigsten Verbündeten im Nahen Osten nicht wegen eines Putsches fallen. Die jährlichen Militärhilfen in Höhe von 1,3 Milliarden US-Dollar sind kaum in Gefahr. Auch die europäischen Staaten scheinen, trotz kritischer Worte, auf Kontinuität zu setzen. Sollte die neue Führung in Kairo die Prozesse gegen ausländische Nichtregierungsorganisationen einstellen, dürften auch die letzten Zweifel in den westlichen Hauptstädten schwinden. Die Beziehungen Ägyptens zu seinen westlichen Unterstützern könnten sich sogar verbessern.

Kurzfristig könnte der Plan des Militärs zunächst einmal aufgehen. Die Generäle hätten als Instanz außerhalb des politischen Systems weiterhin unbegrenzte Macht. Durch ausländische Finanzhilfen und die Sicherung des inneren Friedens könnte sich die politische und wirtschaftliche Lage vorübergehend stabilisieren. Bestenfalls würde sich Ägypten dadurch zu einer defekten Demokratie entwickeln, mit freien Wahlen und politischer Partizipation in einem vom Militär vorgegebenen Rahmen – eine Art Mubarak-Regime light.

Der korrupte und aufgeblähte Staatsapparat aber dürfte auf diesem Weg nicht zu reformieren sein; zu sehr ist er mit dem Militär verwoben. Auch eine tief greifende Modernisierung der ägyptischen Wirtschaft ist ausgeschlossen, nicht zuletzt, weil die Generäle ihr Wirtschaftsimperium nicht freiwillig aufgeben werden. Soziale Konflikte könnten zwar eingedämmt, aber keineswegs gelöst werden. Langfristig wird der Plan des Militärs nicht zu Stabilität in Ägypten führen.

[Stephan Roll](#) ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der [Forschungsgruppe Naher/Mittlerer Osten und Afrika](#) der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP).